



Impfungen

Und bist du nicht willig ...



... so brauch ich – ja, was denn?

Darf man Verweigerer unter Druck setzen?
Und was sind die Argumente der Impfskeptiker? STREIT, WIRTSCHAFT UND ENTDECKEN

Illustration: Marco Amati für DIE ZEIT

BERICHT DES IPCC

ABZUG AUS AFGHANISTAN

Ich bin's nicht

Der Bericht der Klimaforscher ist erschreckend und epochal. Doch die Welt reagiert darauf zu schwach. Warum bloß? VON ELISABETH RAETHER

Alle sechs Jahre wertet der Weltklimarat, der IPCC, Tausende Studien zum Klimawandel aus. Wer keine Zeit hat, ihren diese Woche veröffentlichten Bericht zum katastrophalen Zustand des Planeten selbst zu lesen, hat schon den Film zum Buch: Menschen, die mit Zweigen in ihren bloßen Händen auf Flammen einschlagen; Feuerwehrmänner, die andere mit Gewalt davon abhalten müssen, in ihre brennenden Häuser zurückzurennen; U-Bahn-Fahrgäste, denen das Wasser bis zum Hals steht. Deutsche Fußgängerzonen schlammverwüstet.

Der Sechste Sachstandsbericht des IPCC formuliert es etwa so: »Seit dem Fünften Sachstandsbericht gibt es stärkere Belege für beobachtete Veränderungen von Extremen wie Hitzewellen, Starkniederschlägen, Dürren und tropischen Wirbelstürmen sowie insbesondere für deren Zuordnung zum Einfluss des Menschen.«

Die Bürger zeigen auf die Politik, die auf die Konzerne und die auf die Konsumenten

Was so trocken daherkommt, ist in Wahrheit epochal: Weil nun als sicher gelten muss, dass die Klimakrise menschengemacht ist; weil seit Montag niemand mehr sagen kann, es sei noch Zeit; und vor allem weil die Sache noch halbwegs glimpflich ausgehen, also die Erhitzung bei 1,5 Grad gehalten werden kann. Seit vierzig Jahren weiß die Menschheit vom Klima-Effekt, doch nun weiß sie etwas mehr: Das Zeitalter der Ausreden ist vorbei.

Und wie reagiert nun die Menschheit auf die Bedrohung, die sie sich selbst zufügt? Fast gar nicht, denn die Menschheit gibt es nicht. Was es gibt, sind: Konzerne, Staaten und Einzelne. Und alle zeigen aufeinander.

Darüber hinaus gibt es noch sehr reiche Staaten mit beträchtlicher Verschmutzungsgeschichte, auf die man ganz besonders schaut. Einer davon ist Deutschland, das ein Vorbild sein könnte, aber wahrlich nicht überall eines ist. Nur, warum nicht?

Oder gibt es nach dem erschütternden IPCC-Bericht Krisenstützungen? Ministerpräsidentenkonferenzen? Irgendwas? Nein. Auch wenn man die Kandidatinnen und Kandidaten fragt, welche Klimapolitik sie denn konkret anstreben, gelangt man nicht zu dem Eindruck, das Thema werde

mit besonderer Dringlichkeit behandelt. Zwar hat die Regierung kürzlich beschlossen, dass Deutschland von 2045 an »klimaneutral« sein soll, aber was das heißt und wie man dahin kommt, sagt niemand.

Auch die Grünen nicht. Geht es um den Flugverkehr, setzen auch sie – ganz wie die FDP – auf Wasserstoff, der zwar tatsächlich klimaneutral sein kann, aber den Nachteil hat, dass er bis auf Weiteres noch nicht gebrauchsfähig existiert. Seltsam, dass sich das Wahlvolk im Angesicht der Zerstörung mit magischem Denken abspätsen lässt.

So kann auch die CDU weitgehend ungestraft behaupten, sie müsse erst mal einen »Kassensturz« machen, und zwar nach der Wahl, vorher könne man gar nichts sagen, so die Partei, die seit sechzehn Jahren über Land und also Kassen regiert. Und wie wir die durch einen CO₂-Preis gestiegenen Heizkosten umlegen, das können wir auch noch nicht sagen, so Armin Laschet, man werde sehen. Er nennt seine Methode: »Ich polarisiere nicht.« In Wirklichkeit ist es eine Respektlosigkeit, zu verlangen, man solle ihn halt einfach wählen.

Warum lässt eine aufgeklärte Öffentlichkeit so mit sich reden? Warum lässt sie sich von einem Politiker den Kopf beruhigend tätscheln? »Nun, irgendwas daran kommt den Wählern zupass. Man braucht ja keinen Sechsten Sachstandsbericht, um zu wissen, was klimaschädliches Verhalten ist. Doch der Fleischkonsum ist nur minimal rückläufig und das vor allem wegen Düren und Tierseuchen, die die Produktion einschränken. Der Anteil besonders schwerer, großer Neuwagen nimmt weiter zu. Jeder Deutsche kauft etwa sechzig Kleidungsstücke pro Jahr und trägt sie halb so lange wie vor fünfzehn Jahren.

Die Grünen haben denen ein Argument geschenkt, die ihr Verhalten nicht ändern möchten: Man wolle niemandem etwas verbieten, sondern die »Strukturen« verändern, lauter das grüne Mantra; woraus ein schlauer Wähler schließt, er als Einzelner trage keine Verantwortung. So kann auch der Grünen-Wähler weitermachen wie bisher: »Ich bin's nicht, die Strukturen sind's.«

Die Politik im Deutschland zeigt auf die Bürger, und die Bürger zeigen auf die Politik. Doch das verleiht dem wichtigsten Botschaft des Berichts: Es bleibt nur noch wenig Zeit, weswegen die Frage leicht zu beantworten ist, wer am meisten tun kann. Nämlich alle zugleich: Konzerne, Staaten – und jeder Einzelne.

Alles vergeblich?

Wer reingeht, muss bleiben. Wer's nicht kann, soll es lassen. Den Preis zahlt ein Volk, das dem Westen vertraut hat VON JOSEF JOFFE

Deutschland in Afghanistan – am Ende bleiben nur Trauer und Tod; Gleiches gilt für die Nato. Noch läuft der Abzug, aber die Gotteskrieger erobern ganze Provinzen, es geht zurück in die Zukunft von Terror und Knechtschaft.

Der Impuls war 2001 richtig: die Zerschlagung von Al-Kaida, die mit den Taliban im Rücken Tausende von New Yorkern ermordet hatte. Doch seit einem Menschenalter funktionieren weder Fremdherrschaft noch Demokratie-Export – ob in Algerien, Vietnam, Schwarzafrika oder zuletzt in Libyen. Und das im Wesentlichen aus vier Gründen.

Einmal: Die lokalen Gegner kämpfen nicht mehr mit Pfeil und Bogen gegen MGs und Kanonenboote, sondern mit feinsten Waffentechnik. Frankreich konnte Algerien 1830 mit 34.000 Mann erobern, 1962 aber mit 600.000 nicht halten.

Zum Zweiten: Demokratien binden sich zu Recht die Hände. Unvorstellbar ist heute, was selbst ein liberaler Denker wie Tocqueville 1841 über die »bedauerlichen Notwendigkeiten« in Algerien schrieb: »Die Gesetze des Krieges erlauben es uns, das Land zu verwüsten, Frauen und Kinder zu verschleppen, die Ernten zu vernichten.« Ungezügelter Gewalt verbietet sich für Demokratien: vergeblich ist sie obendrein, wie sogar die Sowjets in Afghanistan lernen mussten.

Wer für seine Heimat kämpft, wird länger durchhalten als der Invasor

Sodann: Es fehlt das »imperiale Temperament«, das es den Europäern 500 Jahre lang erlaubt hat, die halbe Welt zu erobern. Der heutige Westen wird immer noch kämpfen, wo es uns eigene Überleben geht. Aber in Afghanistan? Er hält ergebnislos Krieg nicht aus; ein Wunder, dass die Nato 20 Jahre lang in Afghanistan geblieben ist. Der Preis des guten Willens ist zu hoch.

Schließlich: Das weiß der Gegner. Ho Chi Minh dozierte einst: »Auch wenn ihr zehn von uns und wir nur einen von euch töten, werden wir siegen.« Warum? Weil die Einheimischen sich nicht im nächsten Militärflugzeug absetzen können; das ist ihr Land. Wer für seine Heimat kämpft, wird länger durchhalten als der Invasor.

Fazit: Der Westen schafft es trotz löblicher Intentionen nicht, eine Demokratie im dürren Boden einzupflanzen wie nach 1945 in Deutsch-

land und Japan ist ein Projekt ohne Abzugsdatum. Der Westen will wie eine Feuerwehr agieren: Mauern brechen, Feuer löschen, zurück in die Brandwache. Regimewechsel aber erfordert eine Polizeitruppe, die bleibt und bleibt – dazu eine Verwaltung, die den Aufbau sichert.

Daraus folgt nicht Pazifismus. Realpolitische Vernunft lehrt: eingreifen, wo vitale Interessen oder Verbündete auf dem Spiel stehen. Außerdem muss man manchmal kleine Kriege ausfechten, um den großen Krieg zu bannen.

Und die moralische Pflicht? Sie ruft tagtäglich, am lautesten tat sie es 2013 in Syrien, als Obama seine »rote Linie« gegen Assads Giftgas aufgab. Seitdem sind 600.000 umgekommen und sechs Millionen geflüchtet. Deshalb sieht Nichtstun im Rückblick wie ein humanitäres Verbrechen aus. Doch ein Eingreifer muss wissen: Wer bombt, übernimmt die Verantwortung. Gaddafi in Libyen zu beseitigen erforderte bloß Wochen, doch bis heute tobt dort der Krieg aller gegen alle. Wahrhaft moralisch handelt nur, wer für die Konsequenzen einsteht. Moralisieren ist einfach, Verantwortungspolitik opferreich und ungewiss. Tugend ohne Tun gerät zur Heuchelei.

Was ist dann realistisch? Das Wesen eines noch vermittelbaren Krieges ist der Gleichklang von Zielen und Mitteln, Kosten und Risiken. Kann ich, was ich will und muss? Ohne Ablaufdatum. Wer reingehet, muss drinbleiben. Deshalb ein praktischer Einwand gegen Joe Biden: Die Tragödie, die sich in Afghanistan entfaltet, hätte er mit sparsamen Mitteln verhindern können. Dafür braucht man keine Divisionen, sondern gut gesicherte Luftstützpunkte. Zusammen mit vernetzten Sensoren und Satelliten stoppen ultrasmarte Bombenbomarsche, sie zerstören Waffen und Nachschub. Die Sowjets konnten in den Achtzigern nur wahllos zuschlagen. Heute schafft die überlegene Technik des Westens gewiss keine Demokratie, aber ernichtert deren Feinde und schreckt sie ab. Jetzt gehört den Taliban der Weg nach Kabul, und bezahlen werden Millionen von Afghanen, die dem Westen vertraut haben.

Moral hat ihren Preis, aber der ist erträglich, wenn sich noble Ziele an begrenzten Mitteln ausrichten. Wer das vergisst, sät nicht Demokratie, sondern Tragödien.

Siehe auch S. 7: Über den Tod eines Freundes

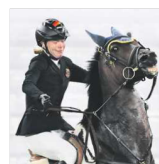
Alle Leitartikel finden Sie zum Hören unter www.zeit.de/vorgelesen



Wie politisch sind Sie?

50 ziemlich ernst gemeinte Fragen zur Bundestagswahl

Politik, Seite 4/5



Das Drama von Tokio

Die Fünfkämpferin Annika Schleu spricht über ihren Höllenritt

Unterhaltung, S. 28

Yoga nicht nur für Dünne

Eine Afroamerikanerin setzt die Menschen in Bewegung

ZEITmagazin

PROMINENT IGNORIERT



Unterschiede

Anton Hofreiter, grüner Fraktionschef im Bundestag und Freizeitmaler, hat kürzlich seine fröhlichen Blumenbilder in Berlin ausgestellt. Der Freizeitmaler Churchill hat einmal seinen Lieblingswhisky in Öl gemalt, ebenfalls wunderschön. Hofreiter ist nicht Churchill, zu unser aller Glück. GRN.

Kf. Bilder (v.o.): Doreen Boratzki für DZ; Sven Simonidis; Anton Hofreiter/pavlov's dog

Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, 20079 Hamburg
Telefon 040 / 32 80 - 0, E-Mail: DZ@zeitonline.de, Leserbrief@zeit.de
ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de; ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de

ABONNENTENSERVICE:
Tel. 040 / 42 23 70 70,
Fax 040 / 42 23 70 90,
E-Mail: abonnetz@zeit.de

PREIS DEUTSCHLAND 5,90 €
PREIS IM AUSLAND:
DK 64,95/FIN 8,70/E 7,30/
CAN 7,80/US 7,80/INL 6,90/
A 6,20/CH 8,50/7,50/GR 7,80/
B 6,90/P 7,60/I 6,90/H 3190,00

N° 33

76. JAHRGANG C 7451 C



4 190745 109803 33

Foto: U. Lutz / Konstantinos Tsakalidis/Getty Images (6), J. N.E. Edlinton/Getty Images, T. Sakalidis/Getty Images, AP/WIDEWORLD, AP/WIDEWORLD, AP/WIDEWORLD, AP/WIDEWORLD, AP/WIDEWORLD, AP/WIDEWORLD



Szenen von der Insel Euböa:
Eine Frau in ihrem Auto (links),
Feuerwehrlente im Einsatz, ein
entsetzte Anwohnerin, ein
brennendes Haus (unten)



Ein Feuerwehrmann in der Provinz
Attika (oben), Freiwillige
versuchen in den Nähe von Athen
mit einem Gartenschlauch ein
Feuer zu löschen (rechts)



»Wir müssen unseren Lebensstil ändern«

Der frühere griechische Premierminister Alexis Tsipras fordert einen europäischen Katastrophenschutz

DIE ZEIT: Herr Tsipras, seit fast zwei Wochen erlebt Griechenland die schlimmsten Waldbrände seiner neueren Geschichte. Welche Folgen wird das haben?
Alexis Tsipras: Die griechische Gesellschaft ist schockiert von diesen Ereignissen. Wir stellen gerade fest, dass die Klimakrise keine theoretische Angelegenheit mehr ist, sondern Realität. Sie wird sich verschärfen, wenn wir nicht alle entschieden dagegen vorgehen.
ZEIT: In den vergangenen Jahrzehnten haben die Themen Umwelt und Klima in der griechischen Politik kaum eine Rolle gespielt. Warum gibt es bei Ihnen zum Beispiel keine bedeutende grüne Partei?
Tsipras: Von außen betrachtet mag das so aussehen, aber die linken Kräfte in Griechenland haben den Umweltschutz seit den Achtziger Jahren in ihre Politik integriert. Die Umweltbewegung ist in einem Bündnis der Linken und der Ökologen aufgegangen, daraus wurde dann die Syriza-Partei, deren Vorsitzender ich bin. Die sozialistische Regierung von Giorgios Papandreu hat nach dem Wahlsieg im Jahr 2009 ein Umweltministerium geschaffen, das von Konservativen zeitweilig abgeschafft wurde. Wir haben es dann wiederbelebt, als ich Premier wurde. Und wir waren es, die das Pariser Klimaabkommen durch das griechische Parlament gebracht haben.

ZEIT: Dennoch ist die Klimakrise in der öffentlichen Diskussion in Griechenland nicht sehr präsent. Weshalb nicht?
Tsipras: Die Debatte in unserem Land war lange auf den wirtschaftlichen Aufschwung fokussiert, auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt oder auf die Lohnkosten. Generell werden viele europäische Debatten mit etwas Verzögerung in Griechenland geführt. Aber wir lernen jetzt, dass es schlicht keinen Aufschwung ohne Umweltschutz geben kann. Unser Wohlstand basiert besonders auf der Schönheit unserer Natur. Welcher Tourist würde sonst nach Griechenland kommen? Auch unsere Landwirtschaft braucht eine intakte Umwelt.
ZEIT: Wird sich dadurch der Charakter der innenpolitischen Auseinandersetzungen verändern?
Tsipras: Ich glaube schon. Es kommt auch hier die Forderung auf, dass die Politik die Menschen schützen muss vor der Klimakrise. Sie fühlen sich verunsichert. Wir begreifen erst allmählich: Wir müssen auch dafür unseren Lebensstil ändern. Allerdings dürfen wir dabei niemanden zurücklassen. Die grüne Re-

volution darf nicht zulasten der Schwachen gehen, so wie es in den vergangenen Krisen der Fall war. Ob in der Euro-Krise oder in der Corona-Krise – Gewinner waren einige wenige Superreiche.
ZEIT: Was ist der Grund dafür, dass die Brände diesen Sommer so verheerend sind?
Tsipras: Das Ausmaß der verbrannten Fläche ist in etwa doppelt so groß wie bei den größten Bränden, mit denen wir es bisher zu tun hatten. Wir hatten an sieben aufeinanderfolgenden Tagen außergewöhnlich hohe Temperaturen. Dadurch ist das Brandrisiko in den Wäldern gestiegen. Andererseits gab es keine sehr starken Winde, wie es sonst bei großen Bränden der Fall ist. Das deutet darauf hin, dass die staatlichen Behörden nicht gut vorbereitet waren und sie für das Ausmaß der Katastrophe mitverantwortlich sind.
ZEIT: Was meinen Sie damit?
Tsipras: In unserer Regierungszeit haben wir nach den schlimmen Bränden von Mai im Jahr 2018 zusammen mit der konservativen Opposition eine unabhängige Kommission unter Leitung des Freiburger Feuerökologen Johann Gold-

ammer eingesetzt. Sie hat ein Konzept erarbeitet, was sich in Griechenland angesichts der erhöhten Gefahr durch solche Katastrophen in der Klimakrise ändern muss. Es braucht zum Beispiel einen Stab, der die Krisenvorsorge zentral koordiniert – dazu gehört etwa das Anlegen von Schutzstreifen in den Wäldern. Die heutige Regierung hat dann aber das Konzept in der Schublade verschwinden lassen und zweieinhalb Jahr nichts unternommen. Jetzt die Feuerwehren oder den Zivilschutz für die Katastrophe verantwortlich zu machen ist daher falsch.
ZEIT: Wie sollte die Europäische Union Ihrer Meinung nach mit der steigenden Gefahr von extremen Wetterlagen durch den fortschreitenden Klimawandel umgehen?
Tsipras: Wir müssen den Katastrophenschutz in Europa neu organisieren. Es muss zum Beispiel eine starke gemeinsame europäische Flotte an Löschflugzeugen geben. Außerdem sollten wir einen europäischen Fonds schaffen, der für den Klimaschutz und die Beseitigung der Schäden des Klimawandels eingesetzt wird – ob das nun eine Flut in Deutschland ist oder ein Brand in Griechenland.
Die Fragen stellte Zacharias Zacharakis



Oppositionsführer
in Athen:
Alexis Tsipras

Wie zerbrechlich ist die Demokratie?



Vor den Wahlen will keine Partei den Menschen etwas zumuten. Dabei ist genau das die Aufgabe demokratischer Politik

VON HEDWIG RICHTER UND BERND ULRICH

FOTOFREIZEIT/JANUAR 2021

Wann hat das eigentlich angefangen, dieses Gebot der maximalen Zumutungsfreiheit aller Politik? Diese Idee von der konsumierbaren Demokratie, die Reduktion des Staates auf seine Dienstleistung?

War es, als Helmut Kohl die deutsche Einheit aus der Portokasse bezahlen wollte und feierlich versprach: »Es wird niemandem schlechter gehen als zuvor, dafür vielen besser?«

Oder als Angela Merkel den Deutschen sagte, sie könnten es schaffen, Hunderttausende Flüchtende aufzunehmen, und eigentlich meinte, sie müssten es – wofür sie dann den Gegenwind ihres Lebens bekam?

Oder erst, als die Pandemie die Politik doch wieder für beträchtlichen Kraftanstrengungen zwang und viele das Gefühl beschlich, damit müsse es für dieses Jahrhundert aber nun wirklich genug sein.

Oder ist es eine viel ältere Idee? Lag der Keim schon in den Jahren nach dem Krieg, als die Stabilität der Demokratie durch den wachsenden Wohlstand garantiert wurde? Kühlschränke, Autos, Eigenheim im Tausch gegen politische Ruhe?

Wann auch immer es angefangen hat, Zumutungsfreiheit zum zentralen Kriterium demokratischer Politik zu erheben: In diesem Sommer jedenfalls, in diesem »Wahlkampf« erreicht die sich seit Langem anbahnende Fehlentwicklung ihren vorläufigen Höhepunkt. Die Kluft zwischen dem, was politisch erforderlich ist, und dem, was den Bürgerinnen und Bürgern von den wahlkämpfenden Parteien abverlangt wird, war noch nie so tief. Ja, mehr noch: Während die Klimakrise eskaliert, für alle sichtbar auch in Deutschland, und die Klimawissenschaftler neue erschreckende Prognosen vorlegen, findet der Wahlkampf weder emotional noch intellektuell, noch sprachlich Kontakt zu dem, was sich da gerade vor aller Augen vollzieht. Warum? Weil die Parteien eingeschlossen sind in das Dogma, Klimapolitik müsse für die Menschen möglichst unmerklich sein, nur die Motoren müssen sich ändern. Das aber glaubt letztlich niemand: Alles steht auf dem Spiel – aber keiner trägt die Kosten.

Dreh- und Angelpunkt dieser demokratischen Abirrung bildet die bislang wichtigste deutsche Partei, die CDU. Sie hatte in diesem Jahr die Wahl zwischen einem wütenden, gekränkten Gesteren, also Friedrich Merz, und einem anstrengenden neuen Morgen, also Norbert Röttgen, und wählte dann das jwähle Weiter-so in Gestalt von Armin Laschet. Auch bei der darauffolgenden Entscheidung zwischen einem unliebsamen, drängelnden, für Unionsverhältnisse beinahe ökologischen Kanzlerkandidaten Markus Söder und dem milden Alles-halb-so-wild-Mann aus dem Rheinland hat sich die CDU erneut für die Lösung entschieden, die ihr am wenigsten abverlangt.

Eine Partei aber, die sich selbst nichts zumutet, wird wahrscheinlich auch den Wählenden nichts abverlangen. Kein Wunder also, dass Laschet sich für einen Wahlkampf der strategischen Ambitionlosigkeit entschied, der den Menschen verspricht, dass sich wenig ändern wird und vor allem, dass ihnen nichts, aber auch gar nichts abverlangt wird, wenn er ins Kanzleramt einzieht.

Sein Vorgehen ähnelt auf den ersten Blick dem von Angela Merkel: ein demobilisierender, fast unpolitischer Wahlkampf, um dann später mit der Kraft der Krise doch noch grundlegende Veränderungen durchzusetzen. Tatsächlich aber gibt es einen entscheidenden Unterschied: Heute halten die Krisen keinen Sicherheitsabstand mehr zu den Wahlterminen, sie sind schon da und bekannt, und sie fordern ernsthafte Antworten. Bloß treffen sie auf einen Kandidaten, der sich verweigert.

Schärfer als je zuvor beißt sich das Versprechen maximaler Zumutungslosigkeit mit den Realitäten in der Klimapolitik, in der Außenpolitik, in der Sicherheitspolitik und in der Pandemiepolitik. Das Land steht vor disruptiven Veränderungen, ob es das nun will oder nicht. Die seit der Industrialisierung größte Transformation – von einer fossilen und ökologisch destruktiven Lebensweise zu einer klimaneutralen ohne Emissionen – muss und wird kommen.

Wahlkampf und Wirklichkeit fallen dramatisch auseinander

Der Gedanke, dass all dies ohne stellenweisen Verzicht und ohne große Anstrengungen möglich sein soll, ist natürlich abwegig. Schon deshalb, weil auf diesem Erdenrund noch nie etwas Großes und fundamentales Neues geschehen ist, das der Bevölkerung eine gemütliche Zuschauerposition erlaubt hätte. Veränderungen, die alle angehen, erschüttern alle, sorgen für Empörung, führen immer auch zu Belastungen, die als unbillig empfunden werden. Sie bedürfen einer starken Politik, einer, die sagt, was sie muss, was sie vorhat, die dafür wirbt und dabei zugleich den Blick auf die Gewinne lenkt, die sich mit diesem Kraftakt eröffnen. Denn wer über die Anstrengung nicht sprechen will, muss auch über die Belohnung schweigen.

An Laschets Strategie der Zumutungslosigkeit haben sich alle anderen Parteien angepasst, auch die Grünen. Die sind bei der Klimapolitik zwar notgedrungen ehrlicher als andere. Aber auch sie sagen nicht, was wirklich auf die Menschen zukommt. Wann immer sie ein halbwegs offenes Wort gesprochen haben, waren denn auch Geschrei und Empörung auf der politischen Gegenseite groß.

Was aber folgt daraus, wenn in diesem Jahr Wahlkampf und Wirklichkeit so dramatisch auseinanderfallen? Bedeutet das, dass die Demokratie mit den genannten Herausforderungen gar nicht fertig werden kann? Haben jene recht, die erklären, Demokratie sei per se nicht in der Lage, mit einem Problem wie der Klimakrise umzugehen, weil sie

lahm sei und immer das träge Volk mitnehmen müsse? Hat die Politik in der Ära Merkel die zugelassene Höchstgeschwindigkeit von Demokratie etwa schon erreicht oder gar überschritten?

Nein, es bedeutet etwas ganz anderes: dass wir uns von dem Irrglauben verabschieden müssen, Zumutung und Demokratie seien unvereinbar. Die Geschichte zeigt uns das glatte Gegenteil. Und sie macht Hoffnung.

Tatsächlich birgt die liberale Demokratie von Anfang an neben allen lichten Versprechen auch große Mühe: Weil sie Freiheit und Gleichheit für alle verheißt – und für dieses Ziel alle zur Rechenschaft zieht. Weil sie diesen unfassbar großen Anspruch an Menschenwürde für alle erhebt, mutet sie allen viel zu: Solidarität, Disziplin, Einschränkung, Verantwortung. Demokratie ist die Regierungsform der Zumutungen schlechthin. Und weil sie den Menschen – anders als Diktaturen und auch der Feudalismus – obendrein abverlangt, zu all den Zwängen und Grenzen auch noch Ja zu sagen.

Am Ursprung der Demokratie lag häufig der Wille der Regierenden, die Bürger in die Pflicht zu nehmen. Denn die Mächtigen wussten spätestens seit der Französischen Revolution und den erfolgreichen Feldzügen des napoleonischen Heeres: Ein moderner Staat lässt sich nicht mehr ohne die Bevölkerung machen; die Menschen sollen ihre Beteiligung, zuverlässig ihre Steuern bezahlen, Solidarität entwickeln, treue Soldaten werden. Zumutung um Zumutung. Als zu Beginn des 19. Jahrhunderts der pommerse Aufklärer Gustav von Schlabrendorf dem preussischen Reformherrn vom Stein herausfordernd erklärte, kein Staat könne mehr ohne republikanische Gesinnung ausstehen, stimmte dieser gelassen zu und ergänzte: »Wir nennen's Gemeinsein.« Die Republik erfordert es, über den eigenen Kreis hinauszudenken, das »Gemeinwohl« im Blick zu haben – eine anspruchsvolle, eine anstrengende Übung.

Zu den republikanischen Tugenden gehört auch das »Selbstdenken«, wie die Reformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Forderung der neuen Zeit bezeichneten. Sich selbst regieren und Selbstverantwortung übernehmen, das ist großartig und befreiend, aber das ist eben auch diszipliniert und penetrant, die Bürger waren oft wenig begeistert. So war die Wahlbeteiligung am Beginn der Demokratisierungsprozesse zumeist niedrig. Die Bürger empfanden den Wahlgang eher als lästige Bürde.

Zumutungen sind in der Verfasstheit liberaler Demokratien also eingeschrieben. Die grundsätzliche Akzeptanz der Gleichheit aller Menschen – das ist keine Selbstverständlichkeit und ein mühsamer Lernprozess. Dazu gehört es, sich bei institutionalisierten Abstimmungen und Wahlen dem Mehrheitswillen zu beugen, weil prinzipiell alle die gleiche Stimme haben.

Doch, so kompliziert ist Demokratie, schützt sie zugleich vor der »Tyrannei der Mehrheit«, wie der frühe Demokratietheoretiker Alexis de Tocqueville es bezeichnete. Minderheiten haben ein Recht auf

Schutz und Mitbestimmung, Freiheit und Gleichheit gilt eben nicht nur für die Mehrheiten. So wichtig das Mehrheitsprinzip ist, so herrscht es doch nicht allein, sondern immer in einem komplexen Kontext aus Checks and Balances, es mutet auch der Mehrheit einiges zu.

Der Parlamentarismus schließlich ist das Gehäuse all dieser Zumutungen. Er entlastet zwar die Bürgerinnen und Bürger, indem die Abgeordneten die zahlreich anstehenden politischen Entscheidungen übernehmen, doch zugleich muss die Bevölkerung diese Entscheidungen akzeptieren. Denn im repräsentativen System können die vom Volk gewählten Abgeordneten Entscheidungen gegen das Volk treffen. Auch schroffe Belastungen. Das ist sogar ihre Pflicht. So wie das Volk berechtigt ist, sich über diejenigen zu beklagen, die es gerade erst gewählt hat, so sehr ist es das Recht und die Aufgabe der Gewählten, auf Zeit auch gegen die Mehrheitsstimmung zu regieren. Dieses Verfahren befördert strukturell Veränderungen. Innerhalb des rechtsstaatlichen Rahmens müssen die Abgeordneten die Welt gestalten, mutig sein, Korrekturen und Reformen angehen und der Bevölkerung die Mühen plausibel machen.

So – und nur so – haben Demokratien im Verlauf ihrer Entwicklung immer wieder gegen viel Widerstand Neuerungen und Verbesserungen durchgesetzt. Und so wie das Wahlrecht zunächst häufig auf Widerwillen stieß, empfanden viele auch den Sozialstaat als unbillige Überforderung, macht er doch nicht einfach den Staat zum Dienstleister, sondern verlangt zuvörderst von den Mehrheiten Loyalität und Solidarität, um dem Versprechen der Würde für alle näherzukommen. Reformen zugunsten der Armen mussten meist gegen die vehemente Gegenwehr der Wohlhabenden und zuweilen auch gegen Mehrheiten durchgesetzt werden.

Die Bürgerin ist nicht bloß Konsumentin der Politik

Gewiss, Wohlstand ist unverzichtbar für Demokratie, weil er erst allen ein gutes Leben ermöglicht. Aber dafür muss er auch so solidarisch organisiert werden, dass er allen und nicht nur den Wohlhabenden oder nur einigen Generationen zugutekommt. Und wer glaubt, die Nachkriegs-demokratie habe nur funktioniert, weil die Politik den Menschen bei wachsendem Wohlstand nichts zugemutet habe, sollte sich die Verteilungskämpfe der frühen Bundesrepublik in Erinnerung rufen, den anhaltenden Krisenmodus dieser Jahrzehnte und die von vielen als extreme Last empfundene Forderung, sich der eigenen Schuld zu stellen – ein mühsamer, schmerzhafter Lernprozess. »Demokratie ist eine Strapaze«, brachte 1952 der CDU-Politiker Ernst Lemmer das republikanische Prinzip auf den Punkt.

Demokratie ruht auf unbequemen Grundlagen, auf der Prämisse von Kritik und Veränderung. Die politischen Versprechen vom staatsbürgerlichen

Dasein als einer Komfortzone für alle sind unmoralisch und unrealistisch. Nicht der Fürst, sondern das Volk selbst stellt eine Armee auf – zur Verteidigung der Demokratie, und ihr Einsatz fordert im Extremfall sogar das Leben. Und dass die weibliche Hälfte der Menschheit gleich ist, gleiche Rechte und gleiche Freiheiten besitzt, das wird bis heute von vielen mit Empörung quittiert, aber nicht zuletzt von der Politik beharrlich und Schritt um Schritt eingefordert.

Die deutsche Wiedervereinigung im Zeichen der Demokratie war neben aller Freude eine gewaltige Last – für die Westdeutschen, die Milliarden zahlen und die übersichtliche Bonner Republik verabschieden mussten, aber noch viel mehr für die Ostdeutschen, die nach der friedlichen Revolution ihr Leben komplett neu organisieren und sich gegen die Arroganz der Westdeutschen behaupten mussten.

Überhaupt gilt das Versprechen der Zumutungslosigkeit ja nie für alle und zeigt damit seine Demokratieferne. Den Armen, den Kindern, den Alleinerziehenden, den Systemrelevanten, den Künftigen, schlichtweg allen, die benachteiligt sind und schlecht organisiert, wird durchaus einiges zugemutet. Deswegen dient die Politik des Komforts eben vorzüglich jenen, die schon in der Komfortzone sind.

Die Vorstellung von der Bürgerin als reiner Konsumentin von Politik, die Idee der Demokratie als jowahler Wohlstandsverveserin im Namen des Bürgers, das ist in dieser Verengung resignativ und geschichtsvergessen und verschließt der demokratischen Politik die Zukunft. Denn es geht in diesen Jahren in den westlichen Demokratien eine Epoche zu Ende, die man sich als Normalität imaginiert hat, die aber nur eine Phase war. Seit dem Krieg wurde der Westen immer mächtiger und immer reicher und von seinem Selbstverständnis her auch immer moralischer: er konnte die ökologischen und politischen Kosten seiner eigenen Machtstellung und Lebensweise auf andere und in die Zukunft abschieben. Doch nun kehren die externalisierten Kosten in Gestalt mühsamer Herausforderungen heim. Man muss das nicht mögen, man kann es unbequem finden oder für eine Frechheit halten, man sollte nur nicht erzählen, dass der Aufmarsch der Zumutungen mit der Demokratie nicht vereinbar sei – und dies zum historischen Gesetz erklären.

Demokratie muss nicht »liefern«, Demokratie ist schon die Lieferung. Sie ist weniger das Instrument zur Wohlstandsverwertung als vielmehr ein Verfahren zur Herstellung von Würde. Und darin liegt der große Frevler der Politik systematischer Beschwichtigungen: Sie nimmt den Wählenden die Chance, gegen den eigenen inneren Schweinehund zu optieren. Und sie bietet nicht an, was in diesen Zeiten der großen Transformation am nötigsten ist: eine redliche Politik der Zumutungen, um den Kampf mit den Krisen aufzunehmen. Und womöglich sogar zu gewinnen.